



# Für sichere Lebensmittel und eine gute Gesundheit

Den mündigen Verbraucher stärken



## Welche Rolle spielt die Ernährungs- und Landwirtschaft in Deutschland?

Die Ernährungs- und Landwirtschaft versorgt täglich über 80 Millionen Menschen in Deutschland flächendeckend und zuverlässig mit sicheren, hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln. Diese werden nach weltweit höchsten Standards produziert. Die Branche ist der viertgrößte Wirtschaftssektor in Deutschland: Sie bietet rund 4,6 Millionen Menschen Arbeit. Mit etwa 160 Milliarden Euro trägt sie sieben Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Zudem hat Deutschland im Jahr 2016 Agrar- und Ernährungsgüter im Wert von über 65 Milliarden Euro exportiert – so viel wie nie zuvor. Made in Germany ist auch bei Lebensmitteln gefragt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt alles daran, die Wettbewerbsfähigkeit der stark mittelständisch strukturierten Branche auch in Zukunft zu wahren.

## Wie steht es um die Sicherheit und Qualität unserer Lebensmittel?

Die Sicherheit und die Qualität unserer Lebensmittel sind heute so hoch wie nie zuvor, auch im internationalen Vergleich. Dennoch befürchten viele Menschen, dass Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika ihre Nahrung belasten. Die Politik nimmt diese Sorgen

ernst und arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung der Sicherungssysteme. Die amtliche Lebensmittelüberwachung bestätigt: Bei 99,1 Prozent der deutschen Obst- und Gemüseproben ist in Sachen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln nichts zu beanstanden. Die Menschen in Deutschland können auf sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel vertrauen.

Die Unionsfraktion setzt sich dafür ein, den übermäßigen Einsatz von Antibiotika sowohl in der Tier- als auch in der Humanmedizin einzudämmen. In der Tiermedizin zeigen sich bereits große Erfolge. Mit einer Minimierungsstrategie wurde der Einsatz von Antibiotika seit 2011 mehr als halbiert. Auch der Einsatz von Reserveantibiotika sinkt stetig.

## Was tut die Unionsfraktion für eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln?

Die CDU/CSU-Fraktion will „Klarheit und Wahrheit“ bei der Lebensmittelkennzeichnung. Es muss draufstehen, was drin ist, und drin sein, was draufsteht. Nach diesem Grundsatz hat sie die europäische Lebensmittelinformationsverordnung mitgestaltet. Ein Zutatenverzeichnis und Nährwertangaben auf Lebensmitteln sind jetzt grundsätzlich verpflichtend. Die Verpackung muss Angaben zu Kalorien, Fett, Eiweiß, Kohlenhydraten, Zucker und Salz beinhalten. Die Werte sind auf 100 Gramm oder 100 Milliliter des Lebensmittels zu beziehen. Neu ist auch eine vorgeschriebene Mindestschriftgröße. Zudem muss über die Verwendung von Allergenen informiert werden.

Seit April 2015 gilt die verpflichtende Herkunftskennzeichnung auch für verpacktes Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch. Bei Lebensmittelimitaten wie Analogkäse muss angegeben sein, welcher Bestandteil teilweise oder vollständig ersetzt wurde. Formfleisch, das aus Stücken zusammengefügt wurde, muss den Hinweis „aus Fleischstücken zusammengefügt“ tragen.

## Wie werden die Verbraucher vor Irreführung und Täuschung bei Lebensmitteln geschützt?

Kalbswiener mit hauptsächlich Schweinefleisch, Muskatwürzer ohne Muskatnuss oder Erdbeerjoghurt ohne Erdbeeren – das geht nicht. Seit 2010 fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft deshalb das Internetportal Lebensmittelklarheit.de. Darauf können Verbraucher Lebensmittel melden, von denen sie sich in die Irre geführt fühlen. Mit Erfolg: Etwa 30 Prozent der gemeldeten Produkte wurden inzwischen von den Anbietern verbraucherfreundlicher gestaltet und korrekt bezeichnet.

Auf Drängen der Unionsfraktion wurde das deutsche Lebensmittelbuch reformiert. Die Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission wurde personell und finanziell besser ausgestattet, um die Leitsätze und Vorgaben für die Kennzeichnung von Lebensmitteln auf dem aktuellen Stand zu halten und kontinuierlich an die Erwartungen der Verbraucher anzupassen.

## Wie werden die Menschen über gesundes Essen aufgeklärt?

Es ist nicht die Aufgabe der Politik, den Menschen vorzuschreiben, was sie essen sollen. Eine Verbotspolitik mit Strafsteuern auf Zucker oder Fett ist mit CDU und CSU deshalb nicht zu machen. Aber die Politik muss dafür sorgen, dass der Verbraucher umfassende und

wissenschaftlich fundierte Informationen erhält, damit er seine Entscheidungen treffen kann. Dafür sind eine klare, verständliche Kennzeichnung und Verbraucherbildung erforderlich. Und die Lebensmittelbranche muss ihre Hausaufgaben machen. Diese muss mit Hochdruck an freiwilligen Strategien zur Reduktion von Zucker, Salz und Fett in Fertigprodukten arbeiten.

Auf Initiative der Fraktion wurde das Bundeszentrum für Ernährung als zentrale Einrichtung für Ernährungskommunikation geschaffen. Nach dem Vorbild der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird das neue Zentrum die Flut an Informationen rund um das Thema Essen zusammenführen, ordnen und den Verbrauchern verständlich vermitteln.

## Welche Maßnahmen gibt es, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen?

Elf Millionen Tonnen Lebensmittel werden jährlich von Privathaushalten, Industrie, Handel und Großverbrauchern in Deutschland weggeworfen. Das sind knapp 82 Kilogramm pro Bundesbürger. Die Unionsfraktion setzt darauf, die Wertschätzung von Lebensmitteln zu steigern und die Verbraucher über die Vermeidung von Nahrungsmittelabfällen besser aufzuklären – schon im Kindergarten und in der Schule. Deshalb unterstützt sie die erfolgreiche Kampagne des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft „Zu gut für die Tonne“. Sie gibt den Verbrauchern beispielsweise Hinweise zum Einkauf, zur richtigen Lagerung und zur Verwendung von Resten.

Die nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung wird vorangetrieben, die Aufklärung über das Mindesthaltbarkeitsdatum intensiviert, bei unverderblichen Lebensmitteln wie Reis oder Nudeln soll das Mindesthaltbarkeitsdatum abgeschafft werden. Das Ziel: Bis 2030 soll die Nahrungsmittelverschwendung halbiert werden.



## Werden gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland angebaut?

Bisher werden in Deutschland keine gentechnisch veränderten Pflanzen zu kommerziellen Zwecken angebaut, weder für Tierfutter noch als Nahrungsmittel für Menschen. Rund 80 Prozent der verarbeiteten Lebensmittel kommen aber laut Wissenschaft im Herstellungsprozess mit grüner Gentechnik in Berührung. Im Supermarktregal finden sich aber praktisch keine Produkte, auf denen dies kenntlich gemacht wird. Es bedarf deshalb einer vollumfänglichen Prozesskennzeichnung. Die Fraktion setzt sich dafür ein, dass die nötigen EU-Richtlinien geändert werden.

## Wie wird Allergien vorgebeugt?

Asthma, Heuschnupfen oder Lebensmittelallergien – nach Schätzungen sind derzeit etwa 20 Prozent der Erwachsenen und zunehmend immer mehr Kinder von einer Allergie betroffen. Sie brauchen umfassende, qualitätsgesicherte und neutrale Informationen. Auf Initiative der Unionsfraktion wurde das neue Allergieportal Allergieinformationsdienst.de etabliert, das Betroffenen unabhängige, wissenschaftlich belegte Gesundheitsinformationen gebündelt und leicht verständlich vermittelt. Das Allergieportal wird durch das Helmholtz Zentrum München umgesetzt und ist im April 2017 online gegangen.



## Wie werden Gesundheits-Apps reguliert?

Mehr als 100.000 Gesundheits- und Medizin-Apps für das Handy werden in den App-Stores angeboten. Sie können längst mehr als nur Schritte zählen oder den Schlaf überwachen. Sie zählen den Pulsschlag, überprüfen den Herzrhythmus oder behandeln den Tinnitus. Doch für die Nutzer ist es manchmal schwer zu erkennen, welche Anbieter seriös sind, welche Apps zuverlässig funktionieren.

CDU und CSU setzen sich deshalb für verbindliche Mindeststandards bei Datenschutz, Datennutzung und Finanzierung ein und fordern ein Impressum mit Pflichtangaben zu Urheber und Aktualität. Das Bundesgesundheitsministerium erarbeitet im Dialog mit Krankenkassen, Ärzten, Datenschützern, Gründern und Entwicklern mögliche Regelungen.

## Wie werden Kinder und Erwachsene vor den Gefahren des Rauchens geschützt?

Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko. Jedes Jahr sterben in Deutschland rund 120.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Die Unionsfraktion will die Menschen vor den gesundheitlichen Risiken des Tabakkonsums schützen. Anfang 2016 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das kombinierte Warn- und Bildhinweise auf Verpackungen vorsieht. Zigaretten und Tabak zum Selbstdrehen dürfen künftig keine Aromen wie Menthol aufweisen, die den Geschmack und den Geruch von Tabak überdecken. Erstmals werden auch nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Wasserpipeen geregelt – mit Vorschriften zu Inhaltsstoffen und Produktsicherheit. Zudem wurde ein Verkaufsverbot von E-Zigaretten und E-Shishas – egal ob mit oder ohne Nikotin – an Kinder und Jugendliche durchgesetzt. Diese Regulierungen verhindern den Einstieg in das Rauchen und stärken den Verbraucherschutz.

## **Herausgeber**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

## **Kontakt**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Presse und Information  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

## **Bürgerinformation**

T 030. 2 27-5 55 50  
fraktion@cducsu.de

## **Satz/Layout**

Heimrich & Hannot GmbH

## **Druck**

Stoba-Druck GmbH  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

## **Bildnachweis**

[www.fotolia.com/Oksana Kuzmina, mkrberlin](http://www.fotolia.com/Oksana_Kuzmina_mkrberlin);  
[www.istockphoto.com/AlexRaths, bit245](http://www.istockphoto.com/AlexRaths_bit245)

## **Bundestagsdrucksachen**

18/8650 Ernährungspolitischer Bericht 2016;  
18/7218 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse;  
18/9789 Antrag Antibiotika-Resistenzen vermindern;  
18/7238 Antrag Reform Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission

## **Stand**

Mai 2017

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

**Weitere Publikationen kostenlos zu bestellen unter [www.cducsu.de/publikationen](http://www.cducsu.de/publikationen).**